

Jahresrückblick 2025

Analyse und Monitoring: Rechte Aktivitäten in Hamburg 2025

Mobiles Beratungsteam gegen Rechtsextremismus Hamburg

2025 war für die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus (MBT) Hamburg erneut ein Jahr mit hohem Beratungsbedarf. Die bereits im Vorjahr sichtbare deutliche Zunahme an Anfragen¹ setzte sich weiter fort. Institutionen und Einzelpersonen meldeten sich ähnlich oft mit Anliegen zu (extrem) rechten Vorfällen, Ideologien und Akteur*innen. In einzelnen Beratungsfeldern verzeichnete das MBT Hamburg sogar erhebliche Anstiege. Der Bedarf an Bildungsangeboten ist weiter gestiegen, die verstärkten Aktivitäten einiger (extrem) rechter Akteur*innen stellen die Zivilgesellschaft vor enorme Herausforderungen.

In diesem Jahr wurde durch Demonstrationen, Kundgebungen und gemeinsame Aufrufe wieder besonders deutlich, wie eng die Verbindung zwischen verschiedenen Akteur*innen des rechten Spektrums auch in Hamburg ist. Antifaschistische Recherche- und Dokumentationsarbeit hat diese Überschneidungen und Netzwerke erneut sichtbar gemacht.

Durch das Engagement unterschiedlicher Communities zeigte sich auch 2025, wie präsent und

allgegenwärtig rechte, rassistische und antisemitische Gewalt im Hamburger Stadtbild ist: Angriffe auf Unterkünfte für Geflüchtete, Zerstörung und Beschädigung von Gedenkortern, körperliche Übergriffe auf Einzelpersonen oder das Verbreiten von NS-Symboliken sind keine Einzelfälle, sondern haben Kontinuität und Struktur.

Es folgt unser Jahresrückblick, in welchem die Eindrücke aus der Beratungsarbeit, Aktivitäten (extrem) rechter Akteur*innen und zivilgesell-

schaftliches Gegenengagement punktuell dargestellt werden. Wie immer gilt unsere politische und fachliche Basis für die Monitoring-Arbeit: Weder rechte, rassistische und / oder antisemitische Gewalt noch das notwendige Gegenenga-

gement können vollständig abgebildet werden. Daher möchten wir auch diesen Jahresrückblick als unvollständigen Einblick in die Beobachtungen aus der Beratungsarbeit des Hamburger MBT verstanden wissen.

Beratungsarbeit des MBT Hamburg

2025: ein weiteres Jahr unter Druck

Wie eingangs erwähnt, war das Jahr 2025 für das MBT Hamburg – wie auch schon das Vorjahr – ein fallintensives Jahr. Nachdem 2024 das bis dato fallstärkste Jahr in der Geschichte des MBT Hamburg war (im Vergleich zu 2023 gab es einen Anstieg um knapp 45 Prozent), schließt 2025 daran mit vergleichbar vielen Fällen an. Es scheint weiterhin eine erhöhte Sensibilität für (extrem) rechte Haltungen und Handlungen bei den Hamburger*innen zu geben, im privaten und auch im beruflichen Alltag. Viele Ratsuchende berichten von einem Gefühl der Dringlichkeit und davon, handeln zu wollen, »bevor es zu spät« sei.

Zu diesem Gefühl der Dringlichkeit und somit auch zu den kontinuierlich hohen Beratungszahlen haben sicherlich auch die Bundestags- sowie die Hamburger Bürgerschaftswahlen beigetragen, die im Februar bzw. März diesen Jahres stattfanden.

Soziale Räume: zwei Felder mit steigenden Herausforderungen

Insbesondere Institutionen hatten Beratungs- und Bildungsanliegen, die mit der Stärkung

demokratischer Teilhabe und dem Umgang mit Ungleichwertigkeitsvorstellungen in Verbindung standen. So meldeten sich zum Beispiel viele soziale Einrichtungen beim MBT Hamburg, die mit marginalisierten Zielgruppen zusammenarbeiten und dabei vermehrt mit (extrem) rechten Haltungen konfrontiert waren. Die Ratsuchenden suchten häufig Unterstützung, um mit ihren Klient*innen konstruktiv in den Austausch zu kommen. Zugleich bestand häufig auch das Anliegen, sich als Institution zu positionieren, mit dem Ziel, alle Klient*innen vor menschenfeindlichen Haltungen zu schützen.

Soziale Einrichtungen, die mit marginalisierten Personengruppen zusammenarbeiten, sind eine der beiden Arten von Institutionen, die das MBT 2025 besonders häufig beraten hat. Die Berichte der in diesen Institutionen tätigen Ratsuchenden zeigen, wie die klassische rechte Strategie der Komplexitätsreduktion verfängt: Komplexe gesellschaftliche Probleme werden stark vereinfacht oder heruntergebrochen und es werden vermeintlich einfache Lösungen präsentiert. Verschiedene benachteiligte Gruppen werden dabei gegeneinander ausgespielt. Eine Rückmeldung, die wir in diesem Kontext immer wieder von unseren Ratsuchenden erhalten, ist, dass es kaum Bildungsangebote in leichter und einfacher Spra-

che gibt. Diese Leerstelle in der politischen Bildung ist enorm. Nicht zuletzt deswegen hat das MBT Hamburg in den letzten Jahren damit begonnen, Veranstaltungen in leichter und einfacher Sprache anzubieten.

Die zweite Art von Institution, die 2025 besonders viel beraten wurde, sind Schulen. Hier verzeichnet das MBT einen starken Anstieg von 50 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Vor allem Lehrkräfte und pädagogisches Fachpersonal meldeten sich beim MBT, in einigen Fällen aber auch Schulleitungen und Schüler*innen. Berichtet wurde beispielsweise von (extrem) rechten Hassbotschaften auf dem Schulgelände oder in sozialen Medien sowie von Vorfällen mit rassistischem und / oder antisemitischem Hintergrund. Die Fälle im Bereich Schule erstrecken sich über das gesamte Hamburger Stadtgebiet sowie über jegliche Schulformen und unterschiedliche Jahrgangsstufen.

Rechte Akteur*innen im Blick

Bei 38 Prozent der rechten Akteur*innen, die in unseren Beratungsfällen eine Rolle spielen, handelt es sich um Personen, die nicht organisiert, also nach unserem Wissen nicht Teil (extrem) rechter Gruppierungen oder Zusammenhänge sind. Numerisch darauf folgend und weiter ansteigend ist jedoch der Anteil der Fälle, in denen die AfD als rechte Akteurin eine Rolle spielt. Knapp 33 Prozent unserer Beratungsfälle hatten 2025 einen AfD-Bezug. Im Vergleich zu 2024, als die Beratungsfälle mit AfD-Bezug noch bei knapp 20 Prozent lagen, ist das eine Steigerung von 64 Prozent. »Fälle mit AfD-Bezug« sind dabei zum einen Fälle, in denen Personen und Institutionen direkt mit Handlungen von Akteur*innen der Hamburger AfD konfrontiert sind (primärer AfD-Bezug). Zum anderen zählen wir dazu Fälle, in denen Ratsuchende indirekt mit der AfD konfrontiert sind, etwa wenn sich Täter*innen in ihren Handlungen auf die AfD beziehen (sekundärer AfD-Bezug). Insgesamt wird deutlich, dass viele Ratsuchende im Umgang und in der Konfrontation mit der AfD Druck und Unsicherheiten verspüren und sich mit dem Wunsch nach Unterstützung an das MBT Hamburg wenden.

Raumnahme und Bedrohungslagen: Aktivitäten junger Neonazis im Stadtgebiet

Strukturen junger Neonazis in Hamburg

2024 sind im Kontext queerfeindlicher Proteste gegen Pride-Veranstaltungen landesweit Gruppen junger Neonazis, oft noch Teenager, öffentlich in Erscheinung getreten. Auch 2025 gibt es in Hamburg eine kleine, aber aktive Szene jugendlicher Neonazis. Personen aus dem Jungnazi-Milieu sind teilweise mit bundesweit agierenden Neonazi-Strukturen wie »Jung und Stark« oder »Deutsche Jugend Voran« vernetzt. So nahmen einige von ihnen dieses Jahr an Veranstaltungen dieser Gruppen teil, etwa in Wismar und Berlin. Zeitweise wurde zudem ein Hamburger »Jung und Stark«-Instagram-Account betrieben.

und antisemitischen Botschaften berichtet. Der (sichtbare) Aktionsschwerpunkt junger Neonazis lag dieses Jahr in verschiedenen Bergedorfer Stadtteilen. Im Sommer gab es mehrere Vorfälle von Bedrohungen und Bedrängungen gegenüber vermeintlich linken und alternativen Jugendlichen rund um den Bergedorfer Bahnhof sowie in der S-Bahn. Zudem gibt es Berichte über Sachbeschädigungen an Gebäuden und Gärten, die die Täter*innen wahrscheinlich für Wohnräume linker Menschen halten. Am Allermöher See fielen wiederholt Jugendgruppen auf, die dort laut (extrem) rechte Musik hörten (unter anderem NDS-Records). Das Wirken junger Neonazis macht sich auch an verschiedenen Schulen und Jugendzentren bemerkbar, wo sie die einen Jugendlichen bedrohen und einschüchtern sowie andere zu rekrutieren versuchen.

Sichtbare Spuren (extrem) rechter Aktivitäten: von Graffiti bis Einschüchterung

Graffiti, Tags und Sticker, die diesem Milieu zuzuordnen sind, fallen besonders in Stadtteilen des Hamburger Ostens auf: In Rahlstedt, Tonndorf, Oldenfelde oder Jenfeld wird aus der Zivilgesellschaft heraus seit anderthalb Jahren von stark zunehmenden Raumnahmeversuchen in Form von Schmierereien mit neonazistischen, rassistischen

Von einigen Fällen ist bekannt, dass Elternteile der als Neonazis aktiven Jugendlichen ebenfalls Teil (extrem) rechter Milieus sind. Lehrkräfte unterschiedlicher Schulformen aus dem gesamten Stadtgebiet berichten zudem wiederholt, dass sich Eltern von Jugendlichen, die durch (extrem) rechte Handlungen auffallen, oft positiv auf die AfD beziehen. Überhaupt lässt sich ein steigender Anteil unter den Beratungsfällen an Schulen ausmachen, bei denen die Aktivitäten (extrem) rechter jugendlicher Akteur*innen eine Rolle spielen.

Hamburg unter Spannung: weitere (extrem) rechte Aktivitäten und zivilgesellschaftliches Engagement

Hamburgs rechte Infrastruktur: die AfD als Motor, Knotenpunkt und Verstärkerin

Das Wirken der Hamburger AfD und ihres Umfeldes spüren wir in der Beratung deutlich. Wie eingangs erwähnt, ist der Anteil an Beratungsfällen, bei denen ein eindeutiger AfD-Bezug vorliegt, erheblich angestiegen. Es fällt auf, dass sich in etwa genauso viele Privatpersonen wie Institutionen mit Beratungsanliegen, in denen die AfD eine Rolle spielt, an das MBT wenden. Das zeigt, dass ratsuchende Privatpersonen deutlich häufiger mit der Partei und ihren Anhänger*innen konfrontiert sind als mit anderen (extrem) rechten Akteur*innen.

In den vergangenen Jahren nahmen Organisationen und Personen aus dem (extrem) rechten Spektrum wiederholt unterschiedliche Rollen in Protestbewegungen ein. Thematisch standen dabei etwa die Infektionsschutzmaßnahmen während der akuten Phase der Covid-19-Pandemie (2020 bis 2022) und die sogenannten Bauernproteste (Anfang 2024) im Vordergrund. 2025 gab es die ersten (verhältnismäßig größeren) offen rechten Demonstrationen in Hamburg seit den sogenannten »Merkel-muss-Weg«-Kundgebungen / -Demonstrationen (2018 bis 2020). Im Rahmen einer bundesweiten Demonstrationsreihe mit dem Titel »Gemeinsam für Deutschland«² trat die AfD-Fraktionsvorsitzende der Bezirksversammlung Hamburg-Mitte, Nicole Jordan, als Anmelderin

und Organisatorin der beiden Versammlungen in Hamburg auf. Jordan, gegen die ein Strafbefehl³ wegen des Verwendens verfassungswidriger Kennzeichen erlassen wurde, wird dem formal aufgelösten rechtsextremen »Flügel« der AfD um Björn Höcke zugeordnet.⁴ Wie bei anderen Demonstrationen dieser Reihe beteiligten sich auch an den Hamburger Versammlungen zahlreiche Reichsbürger*innen und Neonazis. Darunter waren auch Personen, denen unter anderem enge Verbindungen zur extrem rechten Organisation »Jung und Stark« und das zwischenzeitliche Betreiben eines regionalen »Jung und Stark«-Instagram-Accounts zugerechnet werden. Eine Person, die diesem Spektrum zugerechnet wird, bekam zwischenzeitlich selbst das Mikrofon. Das zeigt erneut, dass Hamburgs größtes Mobilisierungspotenzial für das gesamte (extrem) rechte Spektrum in den Reihen der AfD zu verorten ist.

Von Protesten bis ins Netzwerk: Verflechtungen ins extrem rechte Spektrum

Die Verwobenheit der Hamburger AfD mit rechtsextremen Netzwerken wurde in diesem Jahr noch an einem weiteren Beispiel deutlich: Unterschiedlichen Medienberichten zufolge nahm Robert Rirsch, damaliger AfD-Bürgerschaftsabgeordneter und Vize-Vorsitzender der Bezirksfraktion Altona, an einem Kongress neofaschistischer Kräfte im russischen St. Petersburg teil.⁵

Dass (extrem) rechte Täter*innen sich in ihrem Handeln immer wieder auf die AfD beziehen, ist nicht nur ein Eindruck aus unserer Beratungsarbeit: An verschiedenen Orten des Stadtgebiets tauchen im Zusammenhang mit neonazistischen Schmierereien (Hakenkreuze, »SS-Runen«, einschlägige Zahlencodes, antisemitische und rassistische Drohungen etc.) wiederholt Tags und Graffiti mit AfD-Bezügen auf.

In ihrer Social-Media-Strategie setzt auch die Hamburger AfD weiterhin unter anderem auf Diffamierung, gewaltvolle Sprache sowie rassistische, sozialdarwinistische und queerfeindliche Stimmungsmache. Auch in den Kommentarspalten verschiedener regionaler AfD-Facebook-Accounts finden sich Beleidigungen, NS-Verharmlosungen und Aufrufe zu Gewalt. Es scheint, als bemühe sich die AfD-Bürgerschaftsfraktion in ihren schriftlichen Kleinen Anfragen und Anträgen, anders als in den sozialen Medien, um ein »gemäßigtes« Auftreten. Die Auswahl der Themen gestaltet sich in diesen Formaten vermeintlich breiter, der Ton ist stellenweise entschärft, punktuell inszeniert man sich gar als Schützerin marginalisierter Perspektiven. Gleichzeitig werden Mittel der parlamentarischen Kontrolle weiterhin genutzt, um zivilgesellschaftliche Initiativen und Projekte, die für eine demokratische, nachhaltige und gleichberechtigte Gesellschaft arbeiten, unter Druck zu setzen.

(Extrem) rechte Vorfälle und zivilgesellschaftliche Interventionen

Die Aktivitäten (extrem) rechter Akteur*innen werden an verschiedenen Gewaltvorfällen sichtbar. So wurde der Holocaust-Gedenkort Hannoverscher Bahnhof (Hafen City) Ende Mai mit extrem

rechten Symbolen beschmiert⁶. Das Entwenden, Zerstören oder Beschmieren von Denkmälern fand auch an verschiedenen Altonaer Gedenkortorten statt. Vergangenen Winter wurde das Femizid-Mahnmal am Alma-Wartenberg-Platz gleich mehrfach zerstört, ein Gedenkbild am Kemal-Altun-Platz wurde durch rassistische Botschaften beschädigt.

Im Februar dieses Jahres wurden rassistisch motivierte Übergriffe in Ottensen öffentlich⁷: Mehrere Männer spielten laut rassistische Musik ab und griffen migrantische Personen – teils mit Pfefferspray – an. Die Benennung und das Sichtbarmachen all dieser Vorfälle erfolgte durch Communities und weitere Teile einer engagierten Zivilgesellschaft. Die Rom und Cinti Union e. V., der Instagram-Account [ottensen.hamburg](#) und die Junge Linke Altona zählen zu den Akteur*innen, die auf Vorfälle aufmerksam machten oder Solidaritätsdemonstrationen und Kundgebungen organisierten. Der Bezirk Altona solidarisierte sich in verschiedenen Stellungnahmen⁸ mit Betroffenen.

In der Nacht vom 18. auf den 19. September 2025 wurden neonazistische Graffiti an eine Geflüchtetenunterkunft in der Rahlstedter Straße sowie an ein davor parkendes Auto, einen Stromkasten vor einem Imbiss mit türkischen Bezügen und an eine Clearing-Stelle für geflüchtete Kinder und Jugendliche gesprüht. Das Hamburger Bündnis gegen Rechts (HBgR) veröffentlichte dazu eine Pressemitteilung⁹, die von der Mopo aufgegriffen¹⁰ wurde. Den Botschaftstaten im Umfeld der beiden Einrichtungen gingen zusammenhängende Aktionen in deren Umgebung voraus. So tauchten über das Jahr hinweg wiederholt (extrem) rechte Botschaften an einer nahegelegenen Unterführung auf. Ein zwischenzeitlich darüber gemaltes Bild, das kritisch Bezug darauf nahm (»Viertel sauber halten!«),

wurde wiederum großflächig mit schwarz-weiß-roten Farbblocken und dem Spruch »Haben wir! AFD« übermalt. Am Ostender Teich, entlang der Wandse und mündend an der Ecke Pulverhof/Wichelwisch wurden zahlreiche neonazistische Tags gesichtet. Neben Hakenkreuzen und diversen (extrem) rechten Zahlencodes (»1161«, »444« etc.) fanden sich – insbesondere bei einem nahegelegenen Sportplatz – auch ausformulierte (Hass-) Botschaften, die Schwarze, muslimische, jüdische und linke Menschen adressieren. Die Aktionen wurden an verschiedenen Stellen von der aktiven Zivilgesellschaft dokumentiert, das HBgR rief zum gemeinsamen Übermalen und Überkleben der Hetze auf.

Auch in diesem Jahr machten verschiedene antisemitische Vorfälle die Verbindung von Botschaftstaten und physischen Gewalttaten deutlich. Im Karolinenviertel wurden Stolpersteine mit roter Farbe beschmiert. Der Streetwear- und Graffiti-label Under Pressure stellte kostenlos Reinigungsmittel bereit, die Engagierte nutzen konnten. Anlässlich des Erinnerns an die Novemberpogrome wurde in Eidelstedt eine Frau beim Putzen von Stolpersteinen von einem Mann körperlich angegriffen¹¹.

Queerfeindliche Übergriffe und ein standhafter CSD

Zwar gab es dieses Jahr in Hamburg keine offen queerfeindlichen Versammlungen gegen den CSD, es beteiligten sich jedoch Personen aus Hamburgs (extrem) rechtem Spektrum an vergleichbaren Veranstaltungen in anderen Bundesländern.

Bereits im vergangenen Jahr kam es am Rande des CSDs zu queerfeindlich motivierten Übergriffen¹² in Form sogenannter »Dating-Fallen«. Diese Praxis wurde 2025 erneut angewandt, als in Finkenwerder Personen in einen Hinterhalt gelockt¹³, bewaffnet angegriffen und verletzt wurden. Queerfeindliche Gewalt findet weiterhin auch im Stadtpark statt¹⁴, wo eine Gruppe junger Männer im Mai eine Person mit Pfefferspray angriff. Den gesamten Sommer über beteiligten sich unterschiedliche Gruppen, Organisationen und Einzelpersonen des (extrem) rechten Spektrums an queer- und transfeindlicher Hetze gegen CSD-Veranstaltungen in Hamburg und Umgebung. Der CSD-Umzug fand am 2. August unter dem Motto »Wir sind hier, um zu bleiben. Queere Menschen schützen« statt. Durchgeführt wurde er vom Verein Pride Hamburg, es beteiligten sich über 250.000 Menschen.

Bilanz 2025: Hohe Fallzahlen, klare Aufgaben

Aus MBT-Sicht zeigt das Jahr 2025 zeigt deutlich, wie stark die Herausforderungen im Umgang mit (extrem) rechten Einstellungen, Vorfällen und Akteur*innen in Hamburg weiterhin sind. Die Anzahl der Beratungsfälle hat nun im zweiten Jahr in Folge Höchststände erreicht. Das Hamburger Stadtbild ist mitunter geprägt von (extrem) rechten Übergriffen und Botschaften. Hinsichtlich dieser Entwicklungen wird einmal mehr klar, wie notwendig das Engagement von Initiativen, Einzelpersonen, Gruppen und Communities ist, die für ein gleichberechtigtes und demokratisches Miteinander eintreten. Auch im kommenden Jahr wird das MBT Hamburg sie mit Beratung, Bildungsangeboten und verschiedenen Veröffentlichungen dabei unterstützen.

Endnoten

- 1 https://mobileberatunghamburg.de/wp-content/uploads/2025/01/Jahresueckblick-2024_mbt_hamburg.pdf
- 2 <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/gemeinsam-fuer-deutschland-rechte-kundgebungen-loesen-gegendemonstrationen-aus-a-a732ec65-4ff7-42ae-bf9a-fb4237642f96>
- 3 <https://www.stern.de/news/telegram-beitrag-mit-hakenkreuz-geteilt-geldstrafe-fuer-hamburger-afd-politikerin-35844236.html>
- 4 <https://www.mopo.de/hamburg/gericht/hitlerjugend-pass-mit-hakenkreuz-kommentiert-hamburger-afd-politikerin-vor-gericht/>
- 5 <https://www.zeit.de/news/2025-10/01/afd-mann-risch-bei-neofaschisten-treffen-druck-waechst>
- 6 <https://www.rcu-info.de/schaendung-des-gedenkortes-hannoverscher-bahnhof-wir-verurteilen-den-angriff-auf-unsere-erinnerungskultur>
- 7 <https://www.mopo.de/hamburg/polizei/auslaender-raus-gegroele-stadtteil-nachts-von-rassisten-heimgesucht/>
- 8 <https://www.hamburg.de/politik-und-verwaltung/bezirke/altona/aktuelles/stellungnahme-kein-platz-fuer-rassismus-1019032>
- 9 <https://www.hbgr.org/sachbeschaedigungen-durch-unbekannte-an-zwei-unterkueften-fuer-gefluechtete-in-tonndorf-und-rahlsedt/>
- 10 <https://www.mopo.de/hamburg/polizei/an-doenerladen-und-asylunterkunft-nazi-schmierereien-im-hamburger-osten/>
- 11 <https://www.ndr.de/nachrichten/hamburg/frau-bei-reinigung-von-stolpersteinen-in-hamburg-angegriffen-antisemitischervorfall-100.html>
- 12 https://hamburg.t-online.de/region/hamburg/id_100954340/csd-hamburg-polizei-ermittelt-verdaechtigen-nach-homophobem-angriff.html
- 13 <https://www.abendblatt.de/hamburg/hamburg-mitte/article409346154/gewalttaetige-bande-lockt-schwule-maenner-in-hamburg-in-dating-falle-1.html>
- 14 <https://www.abendblatt.de/hamburg/hamburg-nord/article408999056/polizei-hamburg-schwulenfeindliche-stadtpark-rowdys-greifen-mann-mit-reizgas-an-1.html>

Das **Mobile Beratungsteam gegen Rechtsextremismus Hamburg** ist ein Projekt von Arbeit und Leben Hamburg e.V. und der DGB Jugend Nord. Im Rahmen des Bundesprogramms »Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit« wird das Projekt gefördert durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und die Sozialbehörde Hamburg.

Die Veröffentlichungen stellen keine Meinungsäußerung des BMFSFJ, des BAFzA bzw. der Sozialbehörde Hamburg dar. Für inhaltliche Aussagen tragen die Autor_innen die Verantwortung.

Herausgeber_innen:

Arbeit und Leben DGB/VHS Hamburg e.V.
Vereinsregister: Amtsgericht Hamburg,
Registernummer: VR 9937

Redaktion: MBT Hamburg

Gestaltung: drucktechnik altona

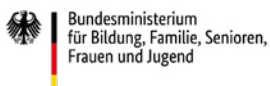
Verantwortlich im Sinne des

Presserechts: Elvira Kantaravic,
Lena Thureau

Kontakt:

Arbeit und Leben Hamburg /
Mobiles Beratungsteam gegen
Rechtsextremismus Hamburg
Telefon: 040 284016-202
mbt@hamburg.arbeitundleben.de
www.beratung-gegen-rechts-hamburg.de

Gefördert vom



im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**

Gefördert von



**Arbeit und
Leben**
HAMBURG